

20.12.2016

Niederschrift über die Senatssitzung

(IV.3)

Herr Senator Kerstan trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2016/3667, betreffend

Erweiterung der Zweckbestimmung des Sondervermögens
"Naturschutz und Landschaftspflege" um die Umsetzung von
Maßnahmen zur verstärkten ökologischen Pflege und Entwicklung
von Grün- und Erholungsanlagen sowie Naturschutzgebieten
1. Vorlage eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das
Sondervermögen "Naturschutz und Landschaftspflege"
2. Nachbewilligung von Haushaltsmitteln im Haushaltsplan
2017/2018, Haushaltsjahr 2017 nach § 35 Landeshaushaltsordnung,
Einzelplan 6.2, Behörde für Umwelt und Energie
3. Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom
14. Juli 2016 "Gestärkte Reservepositionen im Haushalt auch für
gezielte Ressourcenverstärkung für die Bezirke nutzen - Gemeinsam
mit den Bezirken das Bündnis für das Wohnen und den Vertrag für
Hamburg zum Erfolg führen" (Ziffer IV.1 der Drs. 21/5263),

vor und weist darauf hin, dass die Drucksache mit der Senatsmitteilung noch einer
redaktionellen Überarbeitung bedarf.

Der Senat nimmt Kenntnis und fasst folgenden Beschluss:

702.29-01-2016

720.00-02



20.12.2016

Seite 2 (IV.3)

1. Die mit der Drucksache vorgelegte Mitteilung an die Bürgerschaft wird mit der Maßgabe beschlossen, dass der Präses der Behörde für Umwelt und Energie ermächtigt wird, die Senatsmitteilung noch redaktionell zu überarbeiten.
2. Der Präsident des Senats wird ermächtigt, bei der Präsidentin der Bürgerschaft die Vorwegüberweisung der Senatsmitteilung an den zuständigen Ausschuss zu beantragen.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit



Cornelia Schmidt-Hoffmann

Berichterstattung:
Senator Kerstan
Staatsrat Pollmann

TOP IV. 3
Büro

Vorblatt zur
Senatsdrucksache
Nr. 2016/03667
vom: 16.12.2016
für den Senat
am: 20.12.2016
IV

Erweiterung der Zweckbestimmung des Sondervermögens „Naturschutz und Landschaftspflege“ um die Umsetzung von Maßnahmen zur verstärkten ökologischen Pflege und Entwicklung von Grün- und Erholungsanlagen sowie Naturschutzgebieten

1. Vorlage eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Sondervermögen „Naturschutz und Landschaftspflege“
2. Nachbewilligung von Haushaltsmitteln im Haushaltsplan 2017/2018, Haushaltsjahr 2017 nach § 35 Landeshaushaltsordnung, Einzelplan 6.2, Behörde für Umwelt und Energie
3. Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 14. Juli 2016 „Gestärkte Reservepositionen im Haushalt auch für gezielte Ressourcenverstärkung für die Bezirke nutzen – Gemeinsam mit den Bezirken das Bündnis für das Wohnen und den Vertrag für Hamburg zum Erfolg führen“ (Ziffer IV.1 der Drs. 21/5263)

A. Zielsetzung

1. Sicherung der Pflege und Entwicklung der Grün und Erholungsanlagen sowie der Naturschutzgebiete bei steigendem Nutzungsdruck durch Vorhaben der Siedlungs- und Gewerbeentwicklung.
2. Sicherung der naturschutzrechtlichen Voraussetzungen für die Siedlungs- und Gewerbeentwicklung.
3. Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft, Ziffer IV.1 der Drs. 21/5263

B. Lösung

Änderung des Gesetzes über das Sondervermögen „Naturschutz und Landschaftspflege“ und Zuführung von Haushaltsmitteln an das Sondervermögen „Naturschutz und Landschaftspflege“.

C. Auswirkungen auf den Haushalt

Zur Umsetzung der o.g. Zielsetzung wird im Haushaltsjahr 2017 eine Ermächtigung Kosten zu verursachen in Höhe von 3.000 Tsd. Euro im Kontenbereich Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit in der Produktgruppe 292.13 (Naturschutz), bei dem neu auszuprägenden Produkt „Natur-Cent“ des Einzelplans 6.2 benötigt. Zur Deckung werden im Rahmen der Nachbewilligung nach § 35 LHO Ermächtigungen Kosten zu verursachen im Einzelplan 9.2 – Allgemeine Finanzwirtschaft – in der PG 283.01 (Zentrale Ansätze I) beim Kontenbereich Globale Mehrkosten, Produkt „Sonstige Zentrale Ansätze“ um 3.000 Tsd. Euro reduziert.

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage

Die Mittel stellen Aufwand dar. Dieser Aufwand mindert im Jahr seiner Entstehung über die Ergebnisrechnung das Eigenkapital der FHH.

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen

Keine.

F. Auswirkungen auf:

- ☐ Familienpolitik
- ☐ Klimaschutz
- ☐ Bürokratieabbau
- ☐ Inklusion
- ☐ Gleichstellung

G. Alternativen

Verzicht auf die Veranschlagung zusätzlicher Mittel mit ggfs. negativen Folgen für die ökologische Qualität und den Erholungswert von Grün- und Erholungsanlagen sowie Naturschutzgebieten der FHH.

H. Anlagen